



medico international

3. Juli 2017, Bundespressekonferenz Berlin

„Appell an die Staats- und Regierungschefs der G20: Die demokratischen Handlungsspielräume in aller Welt müssen auf dem Hamburger Gipfel mit konkreten Garantien und Absprachen verteidigt werden“

Statement von Thomas Gebauer/medico international

Bekanntlich ist es fast immer die gute Idee, die den Kürzeren zieht, wenn sie in den Konflikt mit machtvollen wirtschaftlichen und politischen Interessen gerät. Im Falle der Menschenrechte ist das nicht anders. Und so erklärt sich die heute zu beklagende dramatische Einengung der Handlungsoptionen von MR-Aktivisten ebenso wie die zunehmende Repression, der zivilgesellschaftliche Akteure in aller Welt ausgesetzt sind, durchaus im Kontext jener von Interessen und Macht geprägten Verhältnisse, die in den zurückliegenden Jahrzehnten nicht zuletzt von wirtschaftspolitischen Clubs, wie die G20, geprägt wurden. Sowohl unmittelbar, als auch mittelbar tragen die sich in Hamburg versammelnden Staaten Verantwortung für die enger werdenden zivilgesellschaftlichen Räume.

Unmittelbar z.B. in der Türkei, einem Mitglied der G20, wo die gegenwärtige Staatsmacht darum bemüht ist, sämtliche kritischen Stimmen mundtot zu machen. Von Pressefreiheit, von unabhängiger Wissenschaft und von der Förderung zivilgesellschaftlichen kann in der Türkei kaum noch die Rede sein. Alleine im November letzten Jahres hat die türkische Staatsmacht kurzerhand rund 370 kurdische Organisation verboten: Menschenrechtsstiftungen, Frauenvereine, Kinderschutzbünde und Bürgerinitiativen aller Art; darunter auch die Partnerorganisationen von medico.

Aber auch für die Umstände, die in Ländern wie in Pakistan, Bangladesch, Guatemala oder Ägypten zu beklagen sind, tragen Gruppierungen wie die G20

Verantwortung – zumindest mittelbar. Deutlich wird das, wenn wir uns die vielen berichteten Fälle von Verfolgungen genauer ansehen. Denn so verschieden die Umstände auch sein mögen, zeigen sich doch auch Gemeinsamkeiten: die Bedrohung von zivilgesellschaftlichem Engagement wächst mit dem Grad der gesellschaftlicher Polarisierungen, die mitunter in offene und kriegerischer Gewalt umschlagen.

Solche Polarisierungen aber fallen nicht vom Himmel; sie sind das Ergebnis jener in der Welt wachsenden sozialen Ungleichheit, die aus dem bisherigen Globalisierungsprozess, der zuallererst als globale Entfesselung der Marktkräfte beschrieben werden muss, resultiert. Inzwischen hat übrigens auch das Davoser Weltwirtschaftsforum einsehen müssen, dass die soziale Ungleichheit zum Weltrisiko Nr. 1 geworden ist – eine Entwicklung, die maßgeblich von den führenden Wirtschaftsmächten der Welt zu verantworten ist.

Mit der neoliberalen Entfesselung der Marktkräfte und der Aufkündigung von Sozialstaatlichkeit haben sie nicht nur die Macht transnational tätiger Unternehmen und die Ausbreitung von oligarchischen und mafiösen Verhältnisse gefördert, sondern zugleich der Boden für fundamentalistische und rechtspopulistische Bewegungen bereitet.

Wo allein das ultraliberale Recht des Stärkeren reagiert, geht die Rechtsstaatlichkeit verloren und können MR-Aktivisten rasch zu Staatsfeinden werden, Journalisten zu Lügner, Wissenschaftler zu Nestbeschmutzer, Fremde zu Feinden, etc.

Ja, es ist absolut notwendig, alles zu unternehmen, um bedrohte MR-Aktivisten und zivilgesellschaftliche Akteure zu schützen. Deutsche NGOs, zusammengeschlossen in VENRO haben eine ganz Reihe von Vorschlägen erarbeitet, wie ein solcher Schutz, z.B. durch diplomatische Initiativen verbessert und wie Zivilgesellschaft gestärkt werden kann.

Darüber hinaus aber ist es auch notwendig, für Verhältnisse zu sorgen, die Missstände präventiv bekämpfen und es so gar nicht mehr nötig machen, dass sich Gewerkschaftler gegen eine sklavenhaften Ausbeutung in der globalen Textilproduktion engagieren, Bauernorganisationen die flagrante Entrechtung von Kleinbauern anprangern und Umweltbände gegen die profitable Zerstörung

der Ökologie ankämpfen müssen. Solche präventive Eingriffe sind möglich, erfordern aber einen radikalen politischen Kurswechsel in der gegenwärtigen Politik.

Mit freiwilligen Initiativen jedenfalls ist den zunehmenden MR-Verletzungen offenbar nicht beizukommen. Alle diesbezüglichen UN-Guidelines haben eine nur begrenzte Wirkung erzielt. Es ist höchste Zeit für die Schaffung eines rechtverbindlichen Instruments, das all den Missständen, gegen die sich MR-Aktivist*innen mühevoll und mitunter unter Bedrohung von Leib und Leben wenden, auf vorbeugende Weise den Riegel vorschiebt. Und genau das hat sich der UN-Menschenrechtsrat vorgenommen. Unterstützt von Hunderten von zivilgesellschaftlichen Organisationen aus aller Welt arbeitet der Menschenrechtsrat an einem „UN-Treaty on Transnational Corporations and other Business“, der aus „soft law“ „hard law“ machen soll. Das Ziel ist es, die Sorge für menschenwürdige Lebensbedingungen wieder zu einer öffentlichen Aufgabe von Regulierung und Umverteilung zu machen. Bislang haben sich Länder wie die USA und Deutschland dieser Initiative widersetzt. Wir fordern von der Bundesregierung und dem G20-Treffen, sich die Initiative der UN-Menschenrechtsrates zu eigen zu machen. Es ist höchste Zeit für eine Umkehr.